

## Wider die Angst

### Zivilgesellschaftliche Bewegung für Visionen mit Mut



Foto: Bruno Maul

## Inhalt

### Interview

Grundrechteverletzung in Hamburg – 2 –

### Hintergrund

Nach der Wahl – Orte des Politischen – 3 –

Soziale Grundrechte – 4 –

UN-Klimakonferenz in Bonn – 5 –

### Kalender

Rückblick und Ausblick – 6/7 –

### Portrait

Aktivist für alle Fälle – 8 –

### Aktiv

Europa-Kongress 2018 – 9 –

Mitglieder werben – 10 –

Grüne Woche in Berlin – 10 –

### Kiosk

Halbierte Demokratie? – 11 –

1 EUR 50  
Eine irritierende Bundestagswahl liegt hinter uns, und ihr Ergebnis ist schwer zu fassen: Im neuen Parlament dürften die Rechte der Vielen noch weniger Rücksicht erfahren als schon bislang.

Das Wahlergebnis ist das Resultat öffentlicher Debatten, in denen kaum eine politische Partei solidarische Lösungen für die realen Probleme dieser Welt präsentieren konnte: Gewalt und Kriege, der Klimawandel und globale Naturzerstörung sowie die wachsende Ungleichheit bringen Menschen fast überall in Bedrängnis und zwingen viele auf die Flucht rund um den Globus; gleichzeitig ahnen wir alle, welche umfassenden Umwälzungen angesichts der existierenden Herausforderungen vor uns liegen.

Nur eine vermeintliche Lösung bot und bietet in diesem Zusammenhang die AfD: Mit einer menschenfeindlichen Lüge konnte sie mit einem

zweistelligen Ergebnis und als drittstärkste Kraft in den Bundestag einziehen. Aber nichts wird durch Nationalismus und Abschottung besser; ganz im Gegenteil treibt eine solche Politik die Gesellschaft in einen Strudel aus Angst, Militarisierung und Gewalt.

Umso wichtiger ist vor diesem Hintergrund unser zivilgesellschaftliches Engagement: Eine Welt aus den Fugen braucht den mutigen Einsatz für Menschenrechte, die Natur und Solidarität. Dabei muss es um mehr gehen als einfach nur darum, das Schlimmste zu verhindern. Wir brauchen einen Aufbruch, der Menschen die Angst nimmt und sie für eine sozial-ökologische Transformation begeistert und motiviert.

Attac hat dafür in den vergangenen Jahren viele nachhaltige und solidarische Ansätze erarbeitet, und in den kommenden Monaten werden wir sie weiterentwickeln: Vor uns

steht die COP23 in Bonn, auch dort setzen wir uns für einen Systemwechsel ein. Gleichzeitig werden wir die kommenden Monate dazu nutzen, unsere Alternativen zu den vorherrschenden Formen des weltweiten Handels stark zu machen. Und 2018 wird für uns das Jahr, in dem wir uns verstärkt der Auseinandersetzung um Europa widmen: Auch hierfür braucht es eine solidarische Vision.

Es gilt jetzt, diese Ansätze zusammenzuführen und uns allen Mut für und Lust auf Veränderung zu machen: Eine Welt aus den Fugen braucht eine motivierte und motivierende Bewegung. Es gibt viele Probleme anzupacken – wir haben bessere Lösungen verdient als die, die uns die gewählten Parteien anbieten.

**Judith Ammler**, Attac-Rat  
**Thomas Eberhardt-Köster**, Attac-Koordinierungskreis

# Alles andere als versammlungsfreundlich

**Auf dem G20-Gipfel in Hamburg wurden die Grundrechte der Demokratie massiv eingeschränkt**

Anlässlich des G20-Gipfels im Juli haben sich zehntausende Menschen zu Protesten in der Hansestadt versammelt. Der Dreiklang aus Gegengipfel, Aktionstag und Großdemonstrationen, der von einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis getragen wurde, hat eine gute Mobilisierung zustande gebracht und eine breite Medienresonanz erfahren. Gleichzeitig waren diese Aktionen von einer massiven Einschränkung von demokratischen Grundrechten begleitet. Werner Rätz hat in der Projektgruppe G20 von Attac an der Mobilisierung mitgearbeitet und war in Hamburg vor Ort.

## **Kannst Du bitte berichten, welche Rechte in Hamburg eingeschränkt wurden?**

Wollte ich das vollständig tun, wäre kein Platz für weitere Fragen, so umfassend versammlungsfeindlich hat sich die Polizei in Hamburg verhalten. Das beginnt schon lange im Vorfeld, indem in Hamburg eine rote und eine gelbe Zone eingerichtet werden. Sie umfassen einen engeren und einen weiteren Bereich um Messehallen und Elbphilharmonie, die Versammlungsorte der GipfelteilnehmerInnen. BewohnerInnen können da nur noch umständlich durch wenige Einlassstellen hin, BesucherInnen eingeschränkt oder gar nicht.

Spätestens mit der Ernennung von Hartmut Dudde zum Gesamteinsatzleiter für die G20-Tage wird auch offensichtlich, dass die Landesregierung keine Proteste zulassen, sondern sie aktiv unterdrücken will. Dudde war mehrfach von Gerichten wegen rechtswidriger Einsätze kritisiert worden. Ihn interessieren die Rechte der BürgerInnen in gar keiner Weise, und so sollte es bleiben. Erster Konfliktpunkt waren Camps. AktivistInnen wurde von Anfang an daran gehindert, irgendwo zu übernachten. Auch Gerichtsurteile, die genau dies erlaubten, wurden offensiv missachtet. Einsätze gegen Proteste dagegen wurden extrem hart geführt. Auch Aktionen aus der Hamburger Bevölkerung wie „cornern“, also draußen gemeinsam was trinken und sich unterhalten, wurden unvorhersehbar und willkürlich angegriffen – oder auch in Ruhe gelassen.

Es war zu keinem Zeitpunkt erkennbar, ob und in welchem Umfang Demonstrationen stattfinden können würden. Selbst für die internationale Großdemo am 8. Juli hatten wir niemals einen Kontakt zu entscheidungsbefugten Behördenvertretern. Die einfachen Beamten der Demonstrationsbehörde sagten: Alles gut, es wird ein paar Protokollstrecken geben, aber das geht alles seinen Gang. Das konnte nicht stimmen und kurz



Foto: Stephanie Handtmann

vor dem Gipfel gab es eine 38 Quadratkilometer große „blaue Zone“, in der jegliche Versammlung verboten war. Vor dem Gipfeltreffen selbst konnte Mittwoch die Nachttanzdemo mehr oder weniger unbehelligt stattfinden, Donnerstag wurde die bis dahin völlig friedliche „welcome-to-hell“-Demo mit brutaler Gewalt aufgelöst. Auch in die Großdemo am Samstag gab es immer wieder Eingriffe. Am Tag des Zivilen Ungehorsams am Freitag gab es extreme Gewalt seitens der Polizei; schon beim Abmarsch aus den Camps wurden Leute überfallen und schwer verletzt, ebenso während der Blockaden. Zahlreiche Leute wurden eingeknastet, einige sitzen noch in Haft, die Zustände in der Gefangenessammelstelle waren menschenunwürdig, die Urteile sind viel mehr von politischen Forderungen nach Rache als von Rechtsgrundätzen geprägt.

## **Stellt das – zum Beispiel im Vergleich zu Heiligendamm 2007 – eine Zäsur dar, und wenn ja, woran lässt sich der qualitative Unterschied festmachen?**

Auch in Heiligendamm war die generelle Haltung der Polizei nicht versammlungsfreundlich. Die Proteste wurden von ihr und seitens der Politik als Problem wahrgenommen, nicht als bürgerrechtliche Selbstverständlichkeit. Dennoch gab es Personen und Institutionen, die erkennbar zumindest einen ruhigen Ablauf des Geschehens wünschten. Auch seitens der städtischen Bürgerschaft gab es eine Offenheit für die Anwesenheit und die Anliegen des Protestes. In Hamburg fehlte all das. Die Stadtspitze hat offensiv jedes Gespräch verweigert. Ihre Kommunikation signalisierte von Anfang an: „Wir mögen euch alle nicht und wir wollen euch hier nicht haben.“ Das musste dann während der Aktionstage selbst gerechtfertigt

werden, indem Bilder produziert wurden, die die Protestierenden ins Unrecht setzen. Die ungunstigen Ereignisse am Freitagabend in der Schanze haben ihr das erleichtert, aber das nicht verursacht.

Hamburg war im Gegensatz zu Heiligendamm von vorne herein dazu vorgesehen, grundsätzlichen Protest zu delegitimieren. Das zeigte sich sehr deutlich daran, dass die offenbar vorbereitete Hetzkampagne gegen alles Linke sofort losbrach und nicht verändert wurde, obwohl viele Medien schon während der Gipfeltage die Lügen der Polizei und mancher Medien aufdeckten.

## **Ist der Einsatz der Bundeswehr im Inneren bereits Normalität geworden?**

Leider ja, aber das ist ja auch schon in Rostock 2007 geschehen.

## **Gab es keinen Aufschrei bei den Hamburgern wie damals in Frankfurt bei Blockupy?**

Nein und ja, anders jedenfalls. Die „ehrenwerte Gesellschaft“ Hamburgs, alle, die in dieser Stadt glauben, etwas zu sein, stehen fest hinter Senat und Polizeiführung, trotz aller Lügen. Scholz' Aussage, Polizeigewalt habe es „nicht gegeben“, erinnert ja durchaus an Trumps Leugnung des Klimawandels, und wie dieser kommt er damit durch!

Aber insgesamt war die Masse der HamburgerInnen großartig. Wir wurden freundlich empfangen, es gab viele Übernachtungsmöglichkeiten in Privatwohnungen, und während der Campverbote wurden sie immer mehr. Kirchengemeinden, Schauspielhaus und viele mehr schlossen sich an. Cornern war eine massenhafte Protestform in Solidarität mit den auswärtigen DemonstrantInnen. Dutzende von kleineren und größeren Aktionen gegen den Gipfel, seine TeilnehmerInnen und ihre Politik sind aus der Hamburger Bevölkerung heraus organisiert worden. Und nicht zuletzt an der tollen Abschlussdemo am Samstag waren ganz überwiegend HamburgerInnen beteiligt.

## **Was muss jetzt geschehen, wie können wir unsere Grundrechte verteidigen?**

Der wichtigste Punkt ist immer wieder derselbe: Man darf sich nicht einschüchtern lassen und muss da, wo eine Politik verabredet und propagiert wird, die die Welt gefährdet, öffentlich, laut, sichtbar dagegenstehen.

Interview: **Lena Bröckl**

[www.grundrechtekomitee.de/sites/default/files/G20\\_Protest.pdf](http://www.grundrechtekomitee.de/sites/default/files/G20_Protest.pdf)

# Nach der Wahl – Perspektiven für die gesellschaftliche Linke

„Wo ist der Ort des Politischen?“ – Ein Debattenbeitrag  
des Institut Solidarische Moderne (ISM)



Foto: attac.de

Wahlen wecken Hoffnungen, Wahlen enttäuschen sie. Die Bundestagswahl 2017 hat alle ernüchert, die sich in Deutschland für eine neue Regierung links der Mitte engagieren. Der Verlust der rechnerischen Mehrheit tendenziell linker Parteien im Bundestag, der Einzug der AfD, der Wiedereinzug der FDP und die Aussicht auf „Jamaika“ zeigen, dass wir vor schwierigen Zeiten stehen. Auch den progressiven Flügeln von SPD, Grünen und der Linken fehlt ganz offensichtlich der Wille zur Herausbildung eines gemeinsamen Projekts. Wie können wir den Rechtstrend umkehren, um gemeinsam die demokratische und sozialökologische Transformation Europas voranzutreiben? Welche ausstrahlenden Projekte brauchen wir, um eine linke Opposition programmatisch zu bündeln und ein „Anders Regieren“ denkbar werden zu lassen?

Nach einer häufig formulierten These besteht ein gesellschaftliches Potenzial für eine Mehrheit im Bundestag für eine sozialökologische Wende. Doch weder gab es den Willen der drei Parteiführungen zur Realisierung von rotrotgrün, noch den unumgänglichen Druck durch die jeweilige Basis und soziale Bewegungen, noch einen medial verstärkten öffentlichen Diskurs. Nichts lief in die richtige Richtung: Nach dem Schulz-Hype mit seiner völligen Überfrachtung durch Erwartungen nach Veränderung und „Gerechtigkeit“, in dem eine Erneuerung sozialdemokratischer Politik und erkennbare Korrekturen der Agenda-Reformen plötzlich denkbar erschienen, fielen die Hoffnungen innerhalb kürzester Zeit in sich zusammen. In der SPD gab es keinen Plan, der über die große Koalition hinausgewiesen hätte. Auch sonst zementierte das jeweilige politische Ritual der drei Parteien

eine fehlende Perspektive: Schreckte die SPD geradezu panisch vor der Hoffnung auf eine „Gerechtigkeitswende“ zurück, wollten sich die Grünen auf nichts festlegen als auf eine Regierungsbeteiligung unter nahezu jeder Bedingung. In der Linken wiederum fiel die Spitzenkandidatur an VertreterInnen des Teils der Partei, der sich zumindest nach außen hin an die Rolle der parlamentarischen Protestpartei klammert. Anstelle eines sozialökologischen und pro-europäischen Reformprojekts spielte sich eine pseudoradikale Rhetorik in den Vordergrund, die auf die Rückkehr eines sozial-nationalen Arbeits- und Wohlfahrtsstaates setzt. „Arbeit soll sich wieder lohnen“ und „Deutschland muss vor den Auswirkungen der Globalisierung geschützt werden“, hieß es, sogar das „Deutsche Volk“ ist wieder da. Es müsse zuerst den Deutschen besser gehen, bevor man sich um andere, etwa Geflüchtete, kümmern könne. Anstatt die Neuangekommenen selbstverständlich in die politische Perspektive einzubeziehen, wurde die Trennung der Gesellschaft in Deutsche und Zugewanderte vertieft. Kein Zufall, dass Gabriel, Kretschmann/Palmer und Wagenknecht ausgerechnet in ihrer Kritik am „Wir schaffen das!“ der Kanzlerin übereinstimmten.

Zivilgesellschaft und soziale Bewegungen übten sich derweil in hilfloser Zurückhaltung. Einzelne Versuche einer eigenständigen gesellschaftlichen Intervention in den Wahlkampf fanden zwar Sympathie und Zuspruch, scheiterten aber unter den gegebenen Umständen. Selbst die Proteste gegen den G20-Gipfel in Hamburg standen merkwürdig unverbunden neben dem Wahlkampf, waren zwar trotz der politischen Diffusität ein deutliches Zeichen für ein Bedürfnis nach Veränderung und

Das ISM steht für eine Neugründung der Demokratie im sozialökologischen Umbau Europas. Was könnte eine Alternativperspektive zu den dramatischen Entwicklungen überall in der Welt werden? Das ISM betrachtet die Ereignisse in Deutschland und in anderen Ländern aus drei Perspektiven: aus der Erfahrung progressiver PolitikerInnen, aus der Erfahrung von NGO und sozialen Bewegungen sowie der von WissenschaftlerInnen. Denn der Prozess der Globalisierung und darin ein geeintes, progressives Europa muss ganz andere Antworten auf die drängenden Fragen der Zeit geben als dies mit Neoliberalismus, Rechtspopulismus, ungebrochenem Wachstumswahn, Anti-Terrorkrieg, mörderischen Grenzregimen etc. geschieht.

Bewegung, wurden aber selbst von SprecherInnen der Grünen, der SPD und auch einigen der Linken pauschal diskreditiert. Die klassische Zivilgesellschaft (Gewerkschaften, NGO) blieb trotz ihrer Größe und Ressourcen hinter ihren Möglichkeiten zurück. Die Zivilgesellschaft entwickelt zwar mit Willkommensbewegung, Widerstände gegen AfD und Co, Recht auf Stadt-Initiativen etc. neue Formen des Widerspruchs und der Alternativen, ist aber gleichzeitig im politischen Raum als dynamische Kraft fast komplett abwesend. Was im Lokalen, Sozialen und Alltäglichen wächst, hat noch keine Verbindung zu einem politischen Projekt, das diese Prozesse auch im Sinne einer Machtfrage artikulieren könnte. Sie stehen einer fast schon antiquiert wirkenden politischen Landschaft gegenüber. Die Frage lautet also: Wo ist heute der Ort des Politischen? Wo kann der progressive Teil der Gesellschaft sich über sich und sein strategisches und programmatisches Verhältnis zu den institutionalisierten und anderen Formen des politischen Handelns verständigen? Das ISM schlägt vor, im Rahmen eines Crossovers lokale politische Foren des sozialökologischen Umbruchs zu initiieren und dort Debatten der verschiedenen Kontexte aufeinander zu beziehen. Denn solche Debatten gehen nicht nur Parteimitglieder etwas an, sondern auch die Zivilgesellschaft und die sozialen Bewegungen. Es stellt sich die Frage nach einer „vierten“ politischen Formation der Linken, die Frage nach einem „Podemos“ (Wir können!) in Deutschland. Inwieweit wird den politischen Akteuren eine zentrale Rolle in einer neuen Linken zukommen – in Fragen der Einwanderung, aber auch in der Frage eines anderen Europas, einer anderen EU, in der Frage eines für eine neue Linke konstitutiven Kosmopolitismus des Denkens wie des Handelns, des Programms wie der Strategie.

Der Beitrag ist stark gekürzt, der vollständige Text ist hier zu finden:

[www.solidarische-moderne.de](http://www.solidarische-moderne.de)

# Soziale Grundrechte – oder: Was brauchen wir wirklich zum Leben?

„Guter Lohn für gute Arbeit“ – auch 2017 dreht sich die arbeits- und sozialpolitische Debatte wie eh und je um Tarifierhöhungen, Kündigungsschutz, Arbeitslosen- und Rentenversicherung. Das Ziel, möglichst viele Arbeitsplätze zu schaffen, wird als selbstverständlich vorausgesetzt – am besten unbefristet in Vollzeit. An diesem Paradigma hat sich seit den Tagen des Wirtschaftswunders nichts geändert. Scheinbar. Doch dieser Schein trügt.

Die Bundesrepublik hat mit 24 Prozent einen relativ hohen Anteil tendenziell gutbezahlter, sicherer Industriejobs, doch ist sie damit eine Ausnahme. Nicht zuletzt aufgrund langjähriger Diktaturen gab es in Südeuropa nie ein vergleichbares Sozialsystem. Auch deshalb wirkte sich die globale Krise dort nach dem Boom der Nullerjahre besonders dramatisch aus und führte zu massenhaftem sozialen Abstieg. Junge Menschen finden keine oder nur prekäre Arbeit; an Familiengründung ist nicht zu denken. Seit 2008 sind aus Spanien etwa 500.000 von ihnen ausgewandert, nicht selten nach Deutschland. Doch auch unser Land ist keine „Insel der Glückseligen“: Gut ein Fünftel der Beschäftigten arbeitet zu Niedriglöhnen, und flexible, jederzeit kündbare Minijobs breiten sich aus.

Angesichts dessen mag die Idee einer Rückkehr zur „guten alten Zeit“ mächtiger Gewerkschaften und geregelter Arbeit verlockend klingen, doch dazu wird es nicht kommen. Die Konkurrenz kommt heute nicht nur aus Ländern wie China, sondern auch in immer mehr Branchen von Robotern und Algorithmen. Dank Automatisierung können langweilige Routinejobs von Maschinen erledigt werden, während flexible und kreative Arbeit den menschlichen KollegInnen vorbehalten bleibt. Damit einher geht jedoch das schlechende Ende des „Normalarbeitsverhältnisses“. Versuche, diese Entwicklung aufzuhalten, sind ein Kampf gegen Windmühlen – und bergen außerdem die Gefahr, in Abschottung und Nationalismus auszuarten.

Wie können Arbeitskämpfe funktionieren, wenn Roboter als Streikbrecher eingesetzt werden, die keine Gewerkschaft haben und rund um die Uhr einsatzbereit sind? Wie soll ein Mindestlohn berechnet und durchgesetzt werden, wenn ständige Verfügbarkeit für punktuelle Aufträge erwartet wird? Wenn ArbeitnehmerInnen in der „gig economy“ formal selbstständig sind und ihre Dienste über Plattformen wie Uber oder Deliveroo anbieten? Welches Arbeitsrecht gilt, wenn „click-“ bzw. „crowdworker“ über alle Grenzen hinweg

im Netz miteinander konkurrieren? Und wo werden dann eigentlich Steuern gezahlt?

Zu jeder Zeit führten sozioökonomische Umbrüche zum Aufkommen neuer Bewegungen, und so ist es auch heute. Die „neuen“ sozialen Bewegungen richten ihr Augenmerk dabei nicht auf Geld, sondern auf konkrete Dinge, die für ein Leben in Würde unabdingbar sind und damit allen Menschen zustehen: Lebensmittel, Wohnraum, Mobilität, Gesundheit, Kultur ... Die Gewerkschaften, zentrale Akteure der „alten“ Zivilgesellschaft, befinden sich mit ihrem Fokus auf „Lohn“ und Arbeitsplätze – und damit auf „Wachstum“ – auf dem Rückzug und gelten zunehmend als Verteidiger von Privilegien. Konflikte mit den „neuen“ Bewegungen etwa hinsichtlich Energie oder Autoproduktion beschleunigen ihren Niedergang. Für Furore sorgen dagegen flexible, internationale Netzwerke, die sich für das Recht auf Wohnraum einsetzen (PAH, Spanien), den Zugang zu Trinkwasser (right2water), Klimaschutz und saubere Luft (Ende Gelände, 350.org u.a.) oder die Unterstützung von Geflüchteten.

Damit steht auch die Wirtschafts- und Sozialpolitik vor einem Paradigmenwechsel. Statt von der (monetär bewerteten) „Leistung“ eines Menschen muss sie künftig von seinen Grundbedürfnissen ausgehen. Das Recht auf ein „würdevolles Leben“ steht im Grundgesetz, nun geht es um seine materielle Verwirklichung. Das geschah bisher nur teilweise – als Kollateralschaden eines Wirtschaftssystems, dessen eigentliche Ziele Gewinnmaximierung und ewiges „Wachstum“ sind. Wenn es als Soziales Grundrecht ernst genommen wird, braucht es andere Leitprinzipien: Demokratie und Senkung des Naturverbrauchs statt Rendite und ständige Expansion. Statt ineffizienter Individual-Lösungen (Bsp. Mobilität) ist in vielen Fällen die öffentliche (kollektive) Bereitstellung von sozialer Infrastruktur deutlich ressourcenschonender.

Der Kampf für Soziale Grundrechte muss nicht aufgenommen werden – wir sind schon mitdrin. Die Geflüchteten nehmen sich ihr Recht auf Bewegungsfreiheit ebenso wie die Verhinderer von Zwangsräumungen das Recht auf Wohnen oder die Kohleblockierer ihr Recht auf saubere Umwelt und Atemluft. Besonders akut ist aktuell der Mangel an bezahlbarem Wohnraum und die zunehmende Verdrängung sozial Schwacher an den Stadtrand. Attac sollte bestehende Kampagnen und ihre (auch internationale) Vernetzung unterstützen und



Foto: attac.de

deutlich machen, dass sie Teil eines globalen Ganzen sind – einer neuen „Bewegung der Bewegungen“.

Die Idee der Sozialen Grundrechte ist keine Neuerfindung: Bereits 1961 beschloss eine Europarats-Mehrheit die Europäische Sozialcharta, 1996 dann eine revidierte Fassung. Deren sinnvolle, aber wenig schlagkräftige Rechte verbindlich und individuell einklagbar zu machen, wäre ein lohnendes längerfristiges Ziel. Eine solche Aufwertung würde einen grundlegenden Wertewandel bedeuten: Weg von den bisher dominanten Eigentumsrechten, hin zu sozialen Rechten und Bedürfnissen.

„Guten Lohn für gute Arbeit“ wird es weiterhin geben – vor allem deshalb, weil unbeliebte „Drecksarbeit“ dann gut bezahlt werden muss, damit sie erledigt wird. Der Versuch, die neuen, flexiblen Arbeitsmodelle bürokratisch zu erfassen und zu besteuern, ist jedoch unnötig, sobald die Grundbedürfnisse gesichert und prekär-schwankende Einkommen eher ein optionaler Zuverdienst sind. Wenn die Automatisierung nicht geradewegs in die Barbarei führen soll, braucht es eine völlig neue Form des sozialen Ausgleichs und damit eine Neuerfindung der Sozialdemokratie. Das ist möglich – aber dazu muss sie sich von der Illusion der „Vollbeschäftigung“ verabschieden und ihren Platz in der post-Arbeitsgesellschaft finden.

**Urs Kleinert**, Mitglied der PG Europa von Attac

Der Beitrag spiegelt nicht den Gesamtkonsens der PG wider.

# Für eine Ökonomie der Revitalisierung der Biosphäre

**2. bis 17. November 2017: Attac mobilisiert zu Protesten rund um die UN-Klimakonferenz in Bonn**



Foto: Stephanie Handtmann

Extremwetter-Rekorde reihen sich im Jahr 2017 aneinander, Schwarz-Gelb-Grün ante portas, und die Freihandelsagenda der EU-Kommission soll weiter durchgepeitscht werden. Es gibt genügend Gründe für Proteste anlässlich der 23. UN-Klimakonferenz (COP23) vom 6. bis 17. November in Bonn, unweit der Bagger des Rheinischen Braunkohlereviere. Die Kampagne „Ende Gelände“ nutzt diese Steilvorlage für Blockaden an einem der Tagebaue am 5. November. Am Tag zuvor wird mittels einer großen Demonstration in der ehemaligen Bundeshauptstadt der Kohleausstieg gefordert, während zugleich vom 3. bis 7. November über Alternativen beim People's Climate Summit diskutiert werden wird. Eine weitere Demonstration wird am 11. November stattfinden.

## **Kohleausstieg und Energiedemokratie!**

Nach dem G20-Gipfel in Hamburg ist die Weltklimakonferenz in Bonn die zweite Chance in diesem Jahr, um vor den Augen einer globalen Öffentlichkeit der Forderung nach einer umfassenden sozial-ökologischen Transformation Nachdruck zu verleihen. Auch wenn die UN-Klimakonferenz gerade für viele Menschen im Süden von großer Bedeutung ist (z.B. Kompensation für Schäden und Verluste / „loss and damage“ durch die Klimaerwärmung), ist dennoch eine effektive Bearbeitung der Klimakrise durch das diplomatische Parkett und die „freiwilligen Selbstverpflichtungen“ des Paris-Abkommens nicht zu erwarten. Mit einem globalen Temperaturanstieg von 2 bis 4,9 Grad – 90prozentige Wahrscheinlichkeit gemäß

IPCC – droht eine umfassende „Zivilisationskrise“, wie es indigene soziale Bewegungen beim Weltsozialforum 2007 im brasilianischen Belem ausgedrückt hatten. Und: Der Anteil Erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch weltweit stieg seit 1990 (12,7 Prozent) um lediglich 1,1 Prozent auf 13,8 Prozent im Jahr 2014. Die letzte CDU-SPD-Bundesregierung lag dabei voll im Trend: Das Erneuerbare-Energie-Gesetz wurde entkernt, um den Ausbau von Solar- und Windkraft zu bremsen. Von einem Kohleausstieg bisher keine Spur. Attac setzt sich für einen Kohleausstieg bis 2025 ein. Es sind nur 90 transnationale Konzerne, die 63 Prozent aller CO2-Emissionen weltweit verursachen. Deshalb fordert Attac eine demokratische Kontrolle der Energiekonzerne, eine Energiedemokratie. In den vergangenen Monaten haben z.B. der britische Gewerkschaftsverband (TUC) und die Labour Party in wegweisenden Entscheidungen für die Überführung der privatisierten Stromversorgung in Großbritannien in öffentliches Eigentum votiert.

## **Freihandel vs. Klima**

Nicht nur in Trumps USA, sondern auch in der Bundesrepublik wird das fossilistische Energieregime mit aller Macht verteidigt. Auch die kriminellen Autokonzerne („Diesel-Skandal“, Kartellbildung) haben – ob im grün-roten Baden-Württemberg oder auf Bundesebene – weiterhin freie Fahrt. Das „Exportmodell Deutschland“ soll brummen: Dazu gehören insbesondere schwere Premium-Karosserien. Zum Weiter-so gehören auch mehr Freihandelsabkommen wie CETA (Teersandöl, Fracking), EPAs

und ein TTIP-reloaded, die die EU-Kommission mit kräftiger Unterstützung der Bundesregierung vorantreibt. Wer effektiven Klimaschutz möchte, kommt an einem Stopp der Freihandels- und Investitionsabkommen nicht vorbei. Die Demonstration am 4. November in Bonn während der laufenden Koalitionsverhandlungen ist deshalb eine hervorragende Gelegenheit, bei den Themen CETA und Freihandel punktgenau Druck zu machen.

## **Revitalisierung der Biosphäre**

Inzwischen ist klar, dass reine Emissionsreduzierungen nicht mehr ausreichen werden, um ein Umschlagen des Klimasystems zu verhindern. Immer öfter werden deshalb unkalkulierbare großtechnische Konzepte – „geo-engineering“ ins Spiel gebracht (z.B. Carbon capture & storage, Ozeandüngung), um CO2 aus der Atmosphäre zu holen. Die Idee einer Postwachstumsökonomie muss daher mit einer Ökonomie der Revitalisierung der Biosphäre kombiniert werden. Öffentliche Investitionsprogramme in eine agrarökologische Landwirtschaft – „Farmers keep the plant cool!“, lautet ein Slogan der globalen KleinbäuerInnenbewegung La Via Campesina. Aufforstungsprogramme und mehr sind nötig, um durch Humusbildung und mehr Biomasse dazu beizutragen den Punkt zu erreichen, an dem die CO2-Konzentration in der Atmosphäre wieder absinkt („drawdown“). Statt Todeszonen in Meeren, tote Böden und ein neues Massensterben von Arten zu verursachen, soll und kann menschliches Wirtschaften darauf gerichtet sein, Biodiversität und Biomasse zu produzieren.

Ein Slogan der Bewegung für Klimagerechtigkeit lautet: „Klimaschutz ist nicht durch Klimapolitik zu erreichen, sondern durch ein anderes Wirtschaftssystem.“ Den letzten potentiellen wirtschaftspolitischen Wendepunkt gab es nach dem Finanzcrash 2007/08: Statt eines Green New Deal oder einer Öffnung hin zu Postwachstumskonzepten, gab es eine Radikalisierung der neoliberalen finanzmarktgetriebenen Globalisierung durch Bankenrettung und Austeritätspolitik. Daher ist es notwendig, die UN-Klimakonferenz in Bonn als (Protest-)Bühne für eine umfassende sozial-ökologische Transformation zu nutzen.

**Alexis J. Passadakis**, Politikwissenschaftler und Attac-Aktivist

[www.jenseits-des-wachstums.de/cop23-protest](http://www.jenseits-des-wachstums.de/cop23-protest)



Europäische Attac-Sommeruniversität, Foto: Stephanie Handtmann



Aktionstag „Reichtum umverteilen“, Foto: Irene Himbert

## Rückblick

23. bis 27. August 2017

### Europäische Attac-Sommeruniversität in Toulouse

Mehr als 2000 TeilnehmerInnen aus ganz Europa und vielen anderen Ländern kommen im südfranzösischen Toulouse zur Europäischen Sommeruniversität (ESU) von Attac zusammen – mehr als doppelt so viel wie erwartet. Im Zentrum der Debatte bei dem internationalen Bildungs- und Vernetzungstreffen sozialer Bewegungen stehen der Zustand und die Zukunft Europas. Der Diskussionsprozess wird 2018 in eine große Konferenz in Deutschland münden.

24. bis 29. August 2017

### Aktionstage gegen Braunkohle im Rheinland

Ende Gelände: Im Rheinischen Braunkohlerevier beteiligen sich 6000 Klimabewegte – darunter auch viele Attac-AktivistInnen – an den Aktionstagen gegen den Braunkohleabbau. Unter anderem blockieren sie die Gleise, über die das Kraftwerk Neurath mit Braunkohle versorgt wird. Sie fordern Klimagerechtigkeit sowie den sofortigen Braunkohleausstieg.

[www.ende-gelaende.org](http://www.ende-gelaende.org)

24. August 2017

### Gegenwind für Wirtschaftsnobelpreisträger-Tagung in Lindau

Wo neoliberale Wirtschaftswissenschaft versagt, ist die Zivilgesellschaft gefragt. Attac Lindau organisiert gemeinsam mit einem breiten lokalen Bündnis Gegenveranstaltungen zur Wirtschaftsnobelpreisträger-Tagung in der Bodenseestadt. Die versammelte ÖkonomInnen-Elite hat mit ihrem Festhalten an einer neoliberalen Wirtschaftslehre den Weg in die Wirtschafts- und Finanzkrise mit bereitet.

9. September 2017

### CETA-Aktionstag zur Bundestagswahl

Zwei Wochen vor der Bundestagswahl tragen Aktive in mehr als 40 Städten den Protest gegen CETA, TTIP, JEFTA, TiSA und Co. in den Wahlkampf und klären über die Gefahren auf, die von den geplanten Freihandelsabkommen ausgehen. Zu dem bundesweiten Aktionstag ruft Attac gemeinsam mit dem Netzwerk Gerechter Welthandel auf.

[www.ceta-aktionstag.de](http://www.ceta-aktionstag.de)

9. September 2017

### Demo gegen Überwachung in Berlin

Freiheit 4.0 – Rettet die Grundrechte: Unter diesem Motto gehen BürgerInnen in Berlin gegen staatliche Überwachung auf die Straße. Im Fokus stehen die Pressefreiheit und der Widerstand gegen die Vorratsdatenspeicherung. Attac hat mit zu dem Protest aufgerufen.

[www.freiheitstattangst.de](http://www.freiheitstattangst.de)

16. September 2017

### Aktionstag „Reichtum umverteilen“

Kurz vor der Bundestagswahl macht das Bündnis „Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle!“, in dem sich auch Attac engagiert, noch einmal Druck: mit einem dezentralen Aktionstag und kreativem Protest vor dem Bundestag. Der Zusammenschluss von mehr als 30 Organisationen, Sozialverbänden und Gewerkschaften fordert einen steuer- und finanzpolitischen Kurswechsel, um die soziale Ungleichheit zu bekämpfen.

[www.reichtum-umverteilen.de](http://www.reichtum-umverteilen.de)

28. September 2017

### Kampagne für bundesweite Volksentscheide startet

Mehr direkte Demokratie schwächt den Einfluss von Konzerninteressen und stärkt die

Teilhabe sozialer Bewegungen und Initiativen. Darum bringt Attac zusammen mit rund 30 weiteren Organisationen die Kampagne „Jetzt ist die Zeit: Volksentscheid. Bundesweit“ an den Start. Das Bündnis sammelt Unterschriften für eine konkrete Formulierung im Koalitionsvertrag der künftigen Bundesregierung.

[www.attac.de/volkentscheid](http://www.attac.de/volkentscheid)

30. September 2017

### Studientag Alternative Handelspolitik

Bei einem Studientag diskutiert die Attac-Kampagnengruppe gegen TTIP und Co. konkrete Alternativen zur neoliberalen Handelspolitik. Die Aktiven beschließen, sich mit zivilgesellschaftlichen Kräften weltweit für ein verbindliches UN-Abkommen einzusetzen, das transnationale Konzerne zur Einhaltung von Menschenrechten verpflichtet (UN Binding Treaty).

20. bis 22. Oktober 2017

### Herbstratschlag in Frankfurt

Attac trifft sich zum Herbstratschlag in Frankfurt am Main. Der Ratschlag ist das höchste Entscheidungsgremium des Netzwerkes. Die Aktiven legen im Konsens die inhaltlichen und strategischen Schwerpunkte der kommenden Monate fest, verabschieden den Haushalt und wählen die bundesweiten Gremien.

[www.attac.de/ratschlag](http://www.attac.de/ratschlag)  
(Termin nach Redaktionsschluss)

## Ausblick

23. bis 27. Oktober 2017

### Kampagne in Genf: Konzerne auf Menschenrechte verpflichten

In Genf tagt die UN-Arbeitsgruppe zum Menschenrechtsabkommen für die Wirtschaft.



CETA-Aktionstag, Foto: attac.de



Kampagne für bundesweite Volksentscheide, Foto: Sven Lüders

Die Tagung wird von zivilgesellschaftlichen Aktivitäten begleitet. Ziel: Druck machen für ein verbindliches UN-Abkommen, das Konzerne zur Einhaltung von Menschenrechten verpflichtet – überall auf der Welt. Auch Attac-Aktive sind dabei.

[www.attac.de/binding-treaty](http://www.attac.de/binding-treaty)

2. bis 17. November 2017

### **COP23-Protteste für globale Klimagerechtigkeit**

Zwei Wochen lang geht es in Bonn um globale Klimagerechtigkeit. Attac ruft dazu auf, sich an den verschiedenen Gegenaktivitäten zur Weltklimakonferenz COP23 zu beteiligen.

[www.jenseits-des-wachstums.de/cop23-protest](http://www.jenseits-des-wachstums.de/cop23-protest)

2. bis 4. November 2017

### **Conference of Youth 13: Junge KlimaaktivistInnen vernetzen sich**

Klimagerechtigkeit und Nachhaltigkeit sind die Themen der mehrsprachigen Jugendkonferenz in Bonn. Junge KlimaaktivistInnen können Wissen und Erfahrungen austauschen, sich vernetzen und kreative Ideen zu Themen der Klimapolitik entwickeln.

[www.coy13.org](http://www.coy13.org)

3. bis 5. November 2017

### **Ende Gelände im Rheinischen Braunkohlerevier**

Nur 50 Kilometer entfernt von der Weltklimakonferenz in Bonn befindet sich das größte Kohletagebau-Gebiet Europas, das Rheinische Braunkohlerevier. Mit Aktionen Zivilen Ungehorsams streuen AktivistInnen Sand ins Getriebe des Klimakillers.

[www.ende-gelaende.org](http://www.ende-gelaende.org)

3. bis 7. November 2017

### **People's Climate Summit in Bonn**

Beim People's Climate Summit in Bonn kommen BürgerInnen aus Umwelt- und sozialen

Bewegungen zusammen, um ihre Lösungen für Klimagerechtigkeit voranzubringen, sich zu vernetzen, voneinander zu lernen und sich gegenseitig zu stärken.

[www.pcs2017.org/de](http://www.pcs2017.org/de)

4. November 2017

### **Demonstration „Klima schützen – Kohle stoppen“**

Attac beteiligt sich an der Demonstration „Klima schützen – Kohle stoppen!“ – getragen von Organisationen wie BUND, WWF und Greenpeace – mit einem eigenen Block und weitergehenden Forderungen.

11. November 2017

### **Schluss mit dem faulen Zauber: Protest in Hörweite der Cop23**

Schluss mit dem faulen Zauber: Pünktlich zum Karnevalsbeginn treiben Attac und das Bündnis „No Climate Change“ die bösen Geister des Klimawandels aus – sprich Kohle, Erdöl, Atom. Die Demo führt durch die Bonner Innenstadt und konfrontiert die bei der Weltklimakonferenz versammelten PolitikerInnen mit den Forderungen der Klimabewegung.

[www.no-climate-change.org](http://www.no-climate-change.org)

30. November 2017

### **Bewerbungsschluss Attacademie: Wo AktivistInnen das Handwerk lernen**

Die Termine für den nächsten Kurs der Attacademie stehen fest. „Ökonomische Alternativen: Theorien, Konzepte und Transformationsperspektiven“ lautet das Thema diesmal. Der Kurs startet am 12. Januar 2018 und endet am 21. Oktober 2018. Bewerbungen sind bis zum 30. November 2017 möglich. Die Attacademie ist ein Fortbildungsangebot für AktivistInnen und Menschen, die es werden wollen.

[www.attac.de/attacademie](http://www.attac.de/attacademie)

2. und 3. Dezember 2017

### **Aufstehen gegen Rassismus: Bündnistreffen und Protest gegen AfD-Parteitag**

Rassismus darf nicht zur Normalität werden. Mit lautstarkem Protest begleiten BürgerInnen aus dem ganzen Land in Hannover den Bundesparteitag der AfD, bei dem ein weiteres Erstarken des Nazi-Flügels zu erwarten ist. Am selben Wochenende trifft sich das Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus!“ – darunter viele „Attacies“ – in Hannover, um Strategien gegen die AfD und andere Menschenfeinde abzustimmen.

11. bis 14. Dezember 2017

### **Protteste gegen WTO-Gipfel in Buenos Aires**

Der WTO-Gipfel in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires trifft auf breiten Widerstand. Denn die Welthandelsorganisation ist ein Instrument reicher Staaten, um ihre neoliberale Agenda einer ungerechten Welthandelspolitik durchzusetzen. Attac Argentinien bereitet die vielfältigen Gegenaktivitäten mit vor. Erwartet werden Aktive aus aller Welt, auch von Attac Deutschland.

20. Januar 2018

### **Für eine Agrarwende: Demo „Wir haben es satt!“ in Berlin**

Für eine Agrar- und Ernährungswende: Dafür gehen bei der Demonstration „Wir haben es satt!“ seit sieben Jahren jährlich Zehntausende in Berlin auf die Straße. Das breite Bündnis besteht aus rund 100 Organisationen, darunter Umwelt-, Tierschutz- und alternative Agrarverbände. Auch Attac ist dabei.

[www.wir-haben-es-satt.de](http://www.wir-haben-es-satt.de)

Mehr Informationen zu den Terminen:

[www.attac.de/veranstaltungen](http://www.attac.de/veranstaltungen)

## Menschen in Attac

# Engagiert auf allen Ebenen

Thomas Eberhardt-Köster (56) ist Betriebswirt und Politikwissenschaftler. Bei Attac ist er seit vielen Jahren in verschiedenen Zusammenhängen aktiv, regional wie bundesweit. Aktuell ist er Mitglied im bundesweiten Koordinierungskreis von Attac. Wir haben mit ihm über sein Engagement und den Ausgang der Bundestagswahl gesprochen.

### Thomas, Du bist ein alter Attac-Hase – seit wann denn?

Ich bin schon seit 2001 bei Attac. Nachdem meine Kinder ein Alter erreicht hatten, dass ich wieder politisch aktiver sein konnte, hatte ich mich nach einem neuen politischen Zusammenhang umgesehen. In einer Radiosendung hatte ich was über Attac gehört und mitbekommen, dass es hier in Düsseldorf auch eine Attac-Gruppe gibt. Da bin ich dann einfach mal hin, und seitdem engagiere ich mich dort auf regionaler Ebene.

Besonders beschäftigt habe ich mich mit der Auswirkung der Globalisierung auf kommunale Lebenswelten und Kommunalpolitik; dazu haben wir in Düsseldorf auch immer noch eine Arbeitsgruppe.

Nach und nach habe ich mich dann auch auf Bundesebene engagiert und habe mit anderen eine bundesweite Attac-AG zu Kommunalpolitik gegründet, in der ich noch aktiv bin. Und seit fünf Jahren bin ich jetzt im Koordinierungskreis von Attac. Selbstverständlich beschäftige ich mich auch da mit Kommunalpolitik, aber ebenso mit vielen übergreifenden Themen – in diesem Jahr stark mit G20, aber auch für Attac im Rahmen von „Aufstehen gegen Rassismus!“. Außerdem bin ich in die Vorbereitung unseres Europakongresses im kommenden Jahr eingebunden. Mit Attac stehen wir ja vor der Situation, dass sich die Rahmenbedingungen der Globalisierung geändert haben und wir neue Antworten finden müssen; ich hoffe, dass der Kongress dabei weiterhilft.

### Was hat Dich dazu bewogen, im Kokreis mitzuarbeiten? Das bedeutet ja nicht nur mehr Verantwortung, sondern auch Arbeit und Zeitaufwand.

Ich habe gemerkt, dass das wichtige regionale Engagement erst rund wird, wenn es gelingt, es mit bundesweiten Aktivitäten zu verknüpfen. Den Schritt in den Kokreis hatte ich auch im Vorfeld mit meiner Regionalgruppe diskutiert, weil er ja auch bedeutete, dass ich mich regional weniger einbringen kann. Die Entscheidung wurde zum Glück von allen gemeinsam getragen, indem wir Aufgaben neu verteilt haben und mir damit auch Freiraum für die bundesweite Arbeit geschaffen wurde.

### Zum Stichwort „Aufstehen gegen Rassismus!“ – wie schätzt Du das Ergebnis der Bundestagswahl ein, wie dramatisch sind diese 13 Prozent für die AfD, und welche Konsequenzen sollten wir als Attac daraus ziehen?

Ich glaube, das Dramatische sind nicht so sehr diese 13 Prozent für die AfD selbst. Das eigentlich Dramatische ist, dass wir in einer tiefen ökonomischen und gesellschaftlichen Krise stecken, auch einer Krise der Repräsentanz, wo sich am solidarisch-emanzipatorischen Pol zurzeit kaum Alternativen zeigen, die eine gesellschaftliche Veränderung herbeiführen könnten. Und in diesen verunsichernden Zeiten mit fehlender solidarischer Perspektive orientieren sich dann leider viele in Richtung AfD.

Die zweite Dramatik ist, dass ein großer Teil der etablierten Parteien jetzt meint, Positionen der AfD übernehmen zu müssen, insbesondere in Bezug auf eine regressive Flüchtlingspolitik und die Übernahme rassistischer Bilder.

Als Attac müssen wir da auf zwei Ebenen ansetzen: Auf der einen Seite die Verunsicherung aufgreifen, aber nicht in dem Sinne, dass wir diesen Resentiments hinterherlaufen. Stattdessen können wir aufzeigen, dass mehr persönliche Sicherheit perspektivisch nur in einer solidarischen Gesellschaft möglich ist, in der niemand ausgegrenzt wird oder täglich um sein Überleben kämpft.

Auf der anderen Seite müssen wir uns darauf einstellen, dass die Hetze gegen Geflüchtete zunehmen wird. Wir wollen ihnen solidarisch zur Seite zu stehen. Das ist kein Entweder-oder, sondern ein Sowohl-als-auch: Zum einen eine neue Perspektive aufmachen, globale Alternativen aufzeigen, zum anderen die unterstützen, die jetzt unter Druck geraten.

### In diesem Sinn engagierst Du Dich ja auch ganz konkret. Was macht denn „Aufstehen gegen Rassismus!“?

„Aufstehen gegen Rassismus!“ ist kein typisches Bündnis, sondern eher so etwas wie eine gemeinsame Kampagnengruppe, in der Attac mit verschiedenen anderen Organisationen aus dem gewerkschaftlichen und dem politischen Bereich und auch mit migrantischen Initiativen zusammenarbeitet. Wir haben gemeinsam festgestellt, dass es nicht reicht, gegen Rassismus auf die Straße zu gehen, sondern wir müssen auch verstärkt Bildungsarbeit machen. Ein wichtiger Punkt ist deshalb die Ausbildung so genannter „StammtischkämpferInnen“. Dabei werden Leute fit gemacht, um sich in der Familie, in der Schule, auf der Arbeit, im Sportverein mit rassistischen Anwürfen auseinanderzusetzen und dabei gut



Foto: Stephanie Handtmann

gehalten zu können. Und ein zweiter wichtiger Punkt ist die Erstellung von Informationsmaterialien für Menschen, die sich aktiv Rassismus entgegenstellen möchten.

### Die Idee hinter „Aufstehen gegen Rassismus!“ ist also, andere Menschen dabei zu unterstützen, sich antirassistisch zu engagieren?

Genau. Wir versuchen, Menschen ihr antirassistisches Engagement zu erleichtern, indem sie Fertigkeiten erwerben und Trainings machen können, um ihre Argumentation zu stärken. Und wir zeigen, was sie selbst gegen Rassismus tun können.

### Wie wird die Arbeit bei „Aufstehen gegen Rassismus!“ jetzt weitergehen? Hat sich durch das Ergebnis der Bundestagswahl etwas geändert?

Geändert hat sich, dass es nicht gelungen ist, die AfD aus dem Bundestag zu halten. Wir haben jetzt die Situation, dass die rechtspopulistische, völkische Bewegung auch einen parlamentarischen Arm hat und dadurch stärker geworden ist, und dass dadurch auch fremdenfeindliche Ideologie massiver in die anderen Parteien hineinschwappt. Dadurch leitet sich ab, dass es wichtig ist, konkret gegen die AfD zu argumentieren, aber auch weiterhin gegen rassistische Stereotype, die gesellschaftlich weit verbreitet sind. Die veränderte Situation erfordert verstärktes Engagement, auch in der Bildungsarbeit.

Konkret werden wir mit „Aufstehen gegen Rassismus!“ die AfD bei ihrem Bundesparteitag konfrontieren; dazu rufen wir alle, die für eine solidarische Gesellschaft eintreten, auf, am 2. Dezember in Hannover mit zu demonstrieren!

Interview: Jule Axmann



„Jesus wäre heute bei Attac“ – Heiner Geißler ist tot.

## Attac Europa-Kongress im Herbst 2018



Foto: Pay Numrich

Europa. Was ist das? Das Versprechen einer Friedensordnung nach zwei verheerenden Weltkriegen oder nur – in Form der Europäischen Union – ein Instrument neoliberaler Politik? Brauchen wir mehr Europa oder weniger?

Aus Europa kommen der Kapitalismus und der moderne Nationalstaat, die modernen Konzepte von Demokratie und Menschenrechten, Aufklärung, kritische Gesellschaftstheorie und Sozialismus. Von Europa aus zieht sich auch eine Blutspur von Völkermord, Ausplünderung und Unterjochung über den Planeten. Und die EU ist für viele das Sinnbild einer undemokratischen Institution.

Es gibt also viele Gründe für ein anderes, ein demokratisches, solidarisches, friedliches und ökologisches Europa zu streiten. Deshalb wird sich Attac im nächsten Jahr verstärkt mit Europa und der EU beschäftigen. Unter anderem mit einem Kongress im Herbst 2018. Dort soll Raum für die Kritik am bestehenden Europa und an der EU sein, aber auch für die Diskussion von Alternativen. Kritik bleibt stumpf, wenn sie nicht in politische Kampagnen mündet und Bewegung entfacht. Wie dies gelingen kann, soll ebenfalls auf dem Kongress diskutiert werden.

Europa ist bis hinein in die gesellschaftliche Linke sehr umstritten. Im Sinne einer pluralistischen Diskussion sollen alle europapolitischen Strömungen aus dem emanzipatorischen Spektrum auf dem Kongress präsent sein. Allerdings nicht, um in alten Kontroversen zu verharren, sondern um zu schauen, wo Differenzen überbrückt werden können und sich Schnittstellen für gemeinsame Forderungen und Kampagnen ergeben.

**Thomas Eberhardt-Köster**, Attac-Koordinierungskreis



**Buchtipp zum Thema:**

Attac (Hg.)

### **Entzauberte Union**

Warum die EU nicht zu retten und ein Austritt keine Lösung ist

Rekordarmut in Südeuropa, Militär gegen Flüchtlinge, der Brexit am Horizont – die Europäische Union steckt in der tiefsten Krise seit ihrem Bestehen.

Doch hat die EU überhaupt das Potenzial, jenes „soziale und demokratische Europa“ zu werden, das uns seit Jahrzehnten als politisches Idealbild präsentiert wird?

Um Antworten darauf zu finden ist es nötig, viele unserer lieb gewonnenen EU-Bilder zu entzaubern. Denn in ihrem Kern ist die EU ein Raum verschärfter Konkurrenz – sowohl zwischen den EU-Staaten als auch auf globaler Ebene.

Doch wenn die EU nicht zu retten und auch eine Rückkehr zum Nationalstaat keine Lösung ist – was dann?

Mit Beiträgen von: Fabiane Baxewanos, Joachim Becker, Julia Eder, Stefan Ederer, Julianna Fehlinger, Manuel Grebenjak, Ralph Guth, Johannes Jäger, Elisabeth Klatzer, Martin Konecny, Markus Koza, Christine Mayrhuber, Lisa Mittdreier, Andreas Novy, Lukas Oberndorfer, James O'Nions, Thomas Roithner, Bue Rübner, Christa Schlager, Etienne Schneider, Valentin Schwarz, Alexandra Strickner, Simon Theurl, Michael Torner, Peter Wahl, David Walch, Carla Weinzierl, Manuela Zechner

Mandelbaum Verlag  
250 Seiten, EUR 15,00  
ISBN: 978-3854766698



Heiner Geißler auf der Attac-SoAk 2007

Der ehemalige CDU-Generalsekretär Heiner Geißler ist am 12. September 2017 im Alter von 87 Jahren gestorben. Bekannt war er inner- und außerhalb seiner Partei stets für seinen Widerspruchsgeist. 2007 manifestierte er diesen zum Schrecken vieler seiner Parteifreunde, indem er Mitglied bei Attac wurde: Während einer Talkshow im Vorfeld des G8-Gipfels nahm er aus Empörung über die Repression, der die GipfelgegnerInnen ausgesetzt waren, einen Aufnahmeantrag eines Attac-Vertreters an. „Ich trete bei Attac ein, weil ich das Recht auf gewaltfreie Demonstration, für das Attac eintritt, nachdrücklich unterstütze“, erläuterte er seine Entscheidung. Auch inhaltlich unterstützte er das Engagement von Attac für eine soziale und ökologische Globalisierung: „Die humane Gestaltung der Globalisierung ist aus meiner Sicht eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit – wenn nicht sogar die wichtigste.“

Heiner Geißler hat in der Öffentlichkeit häufig für Attac-Positionen geworben; vor allem die demokratische Kontrolle der Finanzmärkte und die Schließung von Steueroasen waren ihm dabei ein Anliegen. Geißler forderte, Politik habe sich an den Bedürfnissen der Menschen, nicht der Kapitalinteressen zu orientieren – eine Forderung, die für ihn eng mit seinem christlichen Glauben und der dem Menschen zugewandten Haltung Jesu verknüpft war.

Mit Heiner Geißler verliert Attac ein prominentes Mitglied, das auch Widerspruch an Attac-Positionen deutlich und gelegentlich auch öffentlich formulierte, Attac aber immer solidarisch verbunden war. Er wird in der politischen Landschaft als der Mensch fehlen, der einen wichtigen Beitrag geleistet hat dabei, die Ideen der Globalisierungskritik in die Mitte der Gesellschaft zu tragen.

Werde Mitglied – werbe Mitglieder

## Für ein starkes Attac in einer lebendigen Zivilgesellschaft



Foto: attac.de

Das Ergebnis der Bundestagswahl ist erschütternd und wenig überraschend. Mit der AfD ist eine Partei in den Bundestag eingezogen, die teilweise offen rassistische und völkische Argumentationsmuster verbreitet. Gleichzeitig zeichnet sich die Bildung einer Jamaika-Koalition ab – ein Stillstand mit Ansage.

Auch wenn der Begriff der „Politikverdrossenheit“ in den vergangenen Jahren inflationär gebraucht wurde: Bei dieser Konstellation ist es nicht verwunderlich, wenn immer mehr Menschen Demokratie nicht mehr als etwas begreifen, das auch von ihnen gestaltet werden kann. Einen Zusammenhang herzustellen zwischen einem Kreuz auf einem Stimmtzettel und der Politik, die alltäglich erfahrbar ist, ist kaum noch möglich.

Jetzt kommt es darauf an, den Menschen eine Perspektive der politischen Veränderung zu eröffnen, auch jenseits der Parlamente! Wir müssen verhindern, dass dieses Wahlergebnis zu einer Lähmung jedes politischen Engagements führt – und dafür brauchen wir Deine Unterstützung.

Attac setzt seit jeher auf außerparlamentarisches Engagement. Damit haben wir schon einiges bewegt. Die aktuelle Situation erfordert von Attac aber mehr Einsatz; dafür braucht es noch mehr Menschen, die mitmachen, Attacies, die diesen Einsatz gemeinsam stemmen.

Fast jeder und jede von uns kennt Menschen, die mit der politischen Situation unzufrieden

Wenn Sie Interesse haben, selbst aktiv zu werden, klinken Sie sich doch bei einer der etwa 200 lokalen Attac-Gruppen oder bei einer der bundesweiten Arbeits- und Projektgruppen ein.

Die jeweiligen Kontaktadressen finden Sie im Internet unter „Mitmachen“.

Sie können sie auch in unserer Zentrale telefonisch erfragen unter: 069-900 281-10

sind. Wenn Du schon Attac-Mitglied bist, hast Du sicher gute Gründe für Deine Mitgliedschaft – vielleicht kannst Du ihnen davon erzählen und ihnen Lust machen, Attac selbst kennenzulernen. Vielen, die das Gefühl umtreibt „jetzt müsste ich aktiv werden“, fehlt nur ein konkretes Angebot. Schick' ihnen doch einen unserer Links zur Mitgliedschaft oder um mehr Infos zu bestellen.

Und falls Du selbst noch nicht Mitglied bist, sondern Attac gerade erst kennen lernst: Wenn Dir die Arbeit von Attac gefällt, freuen wir uns, wenn wir Dich bald als Mitglied begrüßen können. Jede Mitgliedschaft stärkt Attac und verleiht unserer Stimme in der Öffentlichkeit mehr Gewicht – und nur eine starke Bewegung bewegt!

Mitglied werden kannst Du online unter [www.attac.de/mitglied-werden](http://www.attac.de/mitglied-werden) oder telefonisch unter 069/900281-10. Dort oder unter [www.attac.de/infos-bestellen](http://www.attac.de/infos-bestellen) können sich auch Deine Freundinnen und Freunde mehr Informationen über Attac bestellen.

Vielen Dank für Deine Unterstützung – gemeinsam können wir viel in Bewegung bringen!

## Wir haben es satt

Internationale Grüne Woche – Proteste am 20. Januar 2018 in Berlin

+ Die Bayer AG will den Gentechnik- und Pestizidkonzern Monsanto übernehmen. + Keine andere Branche führte so viele Lobby-Gespräche pro TTIP in Brüssel wie die Agrarindustrie. + Europa exportierte 2016 so viel Fleisch wie noch nie, allein beim Schweinefleisch waren es fast 23 Prozent mehr als im Vorjahr – und Deutschland ist unangefochtener Europameister dieser Disziplin. + Globalisierung ist an wenigen Orten so anfassbar wie im eigenen Kühlschrank. +

Was in der Landwirtschaft passiert, hat unmittelbare Auswirkungen auf unser Leben und unsere Zukunft. Industrialisierte Tierhaltung und Monokulturen gefährden Wasser, Böden und Artenvielfalt. Die Exportfixierung, massiv auch durch deutsche Bundesregierungen vorangetrieben, zerstört Entwicklungsperspektiven im globalen Süden und zwingt

in unserer Nachbarschaft täglich Höfe zum Aufgeben.

Deshalb ist die Internationale Grüne Woche in Berlin der richtige Auftakt auch im persönlichen Demo-Kalender 2018. Zehntausende kommen, vom Lande und aus den Städten, um gegen Agrarindustrie und die folgenreiche Weltmarkt-Strategie zu demonstrieren. Am 20. Januar 2018 werden wieder Trecker für Gänsehautmomente sorgen, wenn sie in langer Reihe am Brandenburger Tor auffahren. Am Vorabend sind erneut alle eingeladen, bei der Schnippeldisko krummes, vermeintlich unverkäufliches Gemüse für eine riesige Suppenspeisung nach der Demo vorzubereiten.

Sollte Jamaika in Berlin regieren, ist agrarpolitischer Druck auf die Koalition umso wichtiger. Denn einige Erfolge konnten schon errungen werden – und rund um Tierschutz, Glyphosat und neue Gentechnik sind die letzten Worte noch lange nicht gesprochen.

Die Demo selbst ist ein Moment intensiver gesellschaftlicher Auseinandersetzung: Seit 2015 gibt es am gleichen Tag die Gegendemo „Wir machen Euch satt“ aus dem Umfeld des Bauernverbandes. Die relativ geringe TeilnehmerInnenzahl der industriefreundlichen Kundgebung, die große Zahl der Traktoren sowie BäuerInnen bei der Originaldemo und immer mehr öffentliche Diskussionen zeigen, dass auch in der Bauernschaft intensiv gestritten und zunehmend umgedacht wird. Attac ist Teil des Bündnisses „Meine Landwirtschaft / Wir haben es satt“. Bist Du im Januar Teil der nächsten großen Demo?

**Jutta Sundermann**, Mitbegründerin von Attac und lange Kokreis-Mitglied, bereitet mit Aktion Agrar die Demo und die Schnippeldisko 2018 mit vor.

[www.wir-haben-es-satt.de](http://www.wir-haben-es-satt.de)

## Aus dem Attac-Shop

### Attac Basistext 51 Hinter verschlossenen Türen: Halbierte Demokratie?

Demokratie wird gefeiert und missbraucht. Sie befindet sich gleichzeitig in einer tiefen Krise. Aber was ist eigentlich Demokratie? Der Text gibt einen Überblick über Ansprüche an die Demokratie und kontrastiert sie mit der Wirklichkeit der Repräsentation in den „westlichen“ kapitalistischen Ländern. Einerseits gilt das parlamentarische System als eine Form der Herrschaft, andererseits wird gefordert, dass Demokratie zum Abbau von Herrschaft führen soll.

Aber sind Demokratie und Kapitalismus vereinbar, oder muss die Spaltung zwischen Arm und Reich zwangsläufig zu ihrer Zerstörung führen? Lässt sich Demokratie auf den Bereich der Politik begrenzen, oder geht es darum, dass die Gesellschaft sich selbst organisiert? Ist Demokratie eine politische Form, um die Frage der Politik „Wie wollen wir leben?“ bewusst zu lösen? Ist die EU ein Grund für die Krise der Demokratie in ihren Mitgliedstaaten?

Und welche Möglichkeiten gibt es, im Unterschied zu einer „marktkonformen Demokratie“ „mehr Demokratie zu wagen“, wie es Willy Brandt einst formulierte?

Autor Andreas Fisahn ist Professor für öffentliches Recht an der Universität Bielefeld und Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.



**128 Seiten, 9,00 EUR**

Bestellungen online unter [www.attac.de/shop](http://www.attac.de/shop),  
telefonisch unter 069-900 281-10 oder per Fax  
an 069-900 281-99.

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht.

Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen von Attac weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter: Tel.: 069-900 281-10  
E-Mail: [info@attac.de](mailto:info@attac.de)

Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz. Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung:  
[datenschutzbeauftragter@attac.de](mailto:datenschutzbeauftragter@attac.de)

## Impressum

Attac Trägerverein e. V.  
Münchener Str. 48  
60329 Frankfurt am Main  
Tel.: 069-900 281-10  
Fax: 069-900 281-99  
E-Mail: [info@attac.de](mailto:info@attac.de)

Produktion: Attac Trägerverein e. V.  
Redaktion: Jule Axmann, Lena Bröckl,  
Veronika Czech, Frauke Distelrath,  
Barbara Fuchs, Stephanie Handtmann,  
Achim Heier, Gabriele Rohmann  
V.i.S.d.P.: Stephanie Handtmann

## Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.  
Tel. 069-900 281-10  
oder per E-Mail an:  
[info@attac.de](mailto:info@attac.de)  
Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!

**GOGREEN**

Der CO<sub>2</sub>-neutrale Versand  
mit der Deutschen Post

# Alternativen zum Rechtsruck voranbringen!

Bei der vergangenen Bundestagswahl haben sich 13 Prozent der WählerInnen dafür entschieden, eine Partei ohne konstruktiven Gestaltungswillen, dafür mit rassistischen und völkisch-nationalen Tendenzen zu unterstützen. Dieses Wahlergebnis ist auch Ausdruck davon, wie wenig Vertrauen viele Menschen überhaupt noch in die Möglichkeit politischer Veränderung und Gestaltung haben. Mehr denn je sind wir deshalb als Teil einer außerparlamentarischen Bewegung gefordert den Menschen Angebote zu machen, sich an demokratischen Prozessen zu beteiligen! Der große Erfolg des von uns mit veranstalteten Alternativgipfels in Hamburg hat gezeigt, dass es viele Menschen gibt, die Gesellschaft mitgestalten möchten. Für das kommende Jahr plant Attac deshalb einen großen Kongress zu Europa. Dort wird es nicht nur darum gehen,

Kritik an der herrschenden Politik in Europa und insbesondere der EU zu formulieren. Vielmehr laden wir dazu ein, unsere Vision von einem demokratischen, sozialen, gerechten, ökologischen und friedlichen Europa auch zu diskutieren und uns mit konkreten Strategien zur Transformation der politischen Institutionen zu beschäftigen.

Mit Angeboten wie diesem stärken wir die Zivilgesellschaft, denn sie können Menschen Lust machen, sich politisch zu engagieren. Unterstütze uns dabei, dieses Projekt umzusetzen, denn es kostet Zeit und Geld!

### Für eine solidarische Alternative zum Rechtsruck – Deine Spende hilft dabei!

Mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder unter [www.attac.de/spenden](http://www.attac.de/spenden) kannst Du uns ganz unkompliziert unterstützen. Herzlichen Dank!



## Hinweis

Attac verfolgt satzungsgemäß gemeinnützige Zwecke; das Finanzamt Frankfurt entzog Attac die Gemeinnützigkeit im April 2014. Im November 2016 hat das Hessische Finanzgericht das Vorgehen des Finanzamts für rechtswidrig erklärt und die Gemeinnützigkeit von Attac bestätigt. Gegen dieses Urteil hat das Finanzamt – auf Weisung des Bundesfinanzministeriums – Beschwerde beim BFH eingelegt. Nun müssen wir abwarten, ob der BFH die Beschwerde zulässt. Erst wenn Attac rechtskräftig wieder gemeinnützig ist, können wir wieder Spendenbescheinigungen ausstellen.

Mehr Infos dazu unter [www.attac.de/spenden/aktuell](http://www.attac.de/spenden/aktuell)

### SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.

IBAN

DE 57 43 06 09 67 08 00 10 08 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

ggf. Stichwort

RBF1704

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE

06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE